

IN ERWARTUNG DER NATION

ZUR FRAGE DES SUBJEKTS DER NATIONALEN INTERESSEN RUSSLANDS

Denis Dragunski

POSTIMPERIELLES VAKUUM

In den letzten Jahren hat sich die Jammerei darüber verbreitet, daß das neue Rußland keine adäquate Konzeption der Außenpolitik und der nationalen Sicherheit besitzt.

Natürlich ist das Fehlen einer politischen Konzeption nicht gleichbedeutend mit politischer Wirkungslosigkeit. Die politischen Niederlagen mit dem Fehlen der politischen Reflexion zu rechtfertigen, ist genauso naiv wie ernsthaft anzunehmen, daß eine „richtige“ Theorie jeden Spielraum der realen Politik erfaßt. In der englischen Sprache gibt es die grammatikalische Kategorie des Geschlechts nicht, und trotzdem verwechselt man dort den Koch nicht mit der Köchin. In diesem Zusammenhang kann man die Meinung des Botschafters A. Kompletow anführen: „Nicht nur Rußland hat keine genauen außenpolitischen Orientierungen, auch in der übrigen Welt gibt es keine bestimmten, langfristigen, präzisen und ausreichend realistischen Orientierungen der Außenpolitik. In dieser Situation ist es schwierig Rußland isoliert zu betrachten und von ihm eine präzise Konzeption zu fordern.“ („Unabhängige Zeitung“ vom 2. 2. 1994)

Allerdings werden die Politiker der „übrigen Welt“ nicht müde, den gängigen Aphorismus zu wiederholen - „Wir haben keine ständigen Freunde und keine ständigen Feinde, wir haben nur ständige Interessen“. Eben diese sind unsere klaren Orientierungspunkte.

Die Jahrhunderte währende Beständigkeit der russischen (und sowjetischen) Interessen wurde in der Epoche der „Umgestaltung und des neuen Denkens“ aufgebrochen. Das russische „Sammeln von Territorien“, die Gendarmenaufsicht über Europa im Rahmen der „Heiligen Allianz“, der Panslawismus - all das verwandelte sich in der sowjetischen Epoche in die Doktrin der Weltrevolution und des proletarischen Internationalismus. Die außenpolitische Konzeption der Jahre von 1960 bis 1980 wird üblicherweise die „Breshnew-Doktrin“ genannt, man könnte sie aber auch nach Puschkin benennen, der schon im Jahr 1831 in seinem Gedicht „An die Verläumder Rußlands“ auf dem Recht Rußlands bestand, in den Ländern seiner Einflußsphäre mit bewaffneter Hand Ordnung zu schaffen.

Zu Beginn des Imperiums wirkte die Masse seiner Schöpfer - waren dies russische Kosaken, die Sibirien eroberten, oder europäische Glückssucher in den überseeischen Kolonien - im nationalpersönlichen Interesse. Sie erwarben Territorien für die Krone - und für sich. Die eroberten Territorien waren nicht nur ein Zuwachs auf der Landkarte des Imperiums, sondern auch eigener Landanteil. Jedoch vollzog sich danach im Zusammenhang mit der „ursprünglichen imperialen Akkumulation“ eine Umverteilung des Eigentums und der Macht. Der einfache Mitbegründer des Imperiums wurde zu einem sich seiner Leiden rühmenden Tomi Atkins, der aus den Gedichten und Romanen Kiplings bekannt ist. Etwas Ähnliches vollzog sich auch mit den russischen Erbauern des Reiches. „Die nationalen Interessen“ als politische Konzeption hörten auf, die „Interessen der Nation“ als Integration der Interessen ihrer Vertreter zum Ausdruck zu bringen und wurden die Interessen der regierenden Elite. Ich spreche von der herrschenden, „imperialen“ Nation - es ist klar, daß das Imperium ungeachtet aller Beteuerungen einer zivilisatorischen Mission die Interessen der unterdrückten Völker in noch weit geringerem Maße verkörperte. Im Ergebnis hassen die Unterdrückten die Unterdrücker und die Unterdrücker die Unterdrückten und alle zusammen - die imperiale Elite.

Die Politik Gorbatschows und Schewardnadse gab eine kurze Zeit lang die Hoffnung - noch ein bißchen und der Kreis des Demokratischen Nordens, das heißt der entwickelten Industrieländer, die sich zu den allgemeinen Prinzipien der politischen und Arbeitsethik bekennen (die USA und Kanada - Europa - die demokratisierte UdSSR - Japan) schließt sich. Aber im Rahmen dieser Politik wurde die UdSSR nicht nur als einheitliches Subjekt der Außenpolitik betrachtet, sondern auch als einheitliches Subjekt der nationalen Interessen. Das letzte Postulat erwies sich als falsch. Die Demokratisierung entblößte und aktualisierte die innerimperialen nationalen Spannungen sowie die Widersprüche zwischen den zentralen und regionalen Eliten.

Der Zerfall der UdSSR führte zur Schaffung neuer unabhängiger Staaten mit unterschiedlichen geopolitischen Vektoren von Interessen. In diesem Kontext jedoch bleiben die nationalen Interessen

Rußlands, das sich in einem postimperialen Vakuum befindet, unbestimmt. Mehr noch, es entsteht die Frage, ob man unter den heutigen Umständen überhaupt von Rußland als vollwertigem Subjekt der internationalen Politik und des nationalen Interesses sprechen kann.

Rußland ist ein Land der nationalstaatlichen Paradoxa. Im ethnopolitischen Sinn ist es weder ein Nationalstaat der Russen, noch eine Gemeinschaft unterschiedlicher Rassen, noch ein Imperium. Unter dem Aspekt des Staatsaufbaus ist Rußland weder eine Föderation im strengen Sinne des Wortes noch ein Einheitsstaat. Rußland hat in seinen heutigen Konturen als realer Staat nie existiert, deshalb sind auch seine Grenzen zu den ehemaligen Unionsrepubliken praktisch nicht demarkiert (nicht gekennzeichnet „in der Natur“), oft sind sie auch nicht delimitiert (nicht fixiert in offiziellen Karten). Natürlich provoziert diese Situation gegenseitige territoriale Ansprüche. Ein besonderes Problem stellt die russische Staatsbürgerschaft dar. Es ist nicht vollständig klar, welche Kategorien der ehemaligen sowjetischen Staatsbürger, die zu Residenten der neugeschaffenen unabhängigen Staaten wurden, sie beanspruchen können. Das ethnische Kriterium entspricht nicht dem demokratischen Standard und kann Verwirrung hervorrufen, da die „ethnischen Russen“ (d.h. die Ureinwohner der Russischen Föderation) zusammen mit den Russen nicht weniger als 50 Ethnien verkörpern, obwohl die Aufrufe zum Schutz der Bewohner Rußlands in erster Linie die Russen meinen.

Wer (oder was) ist in der heutigen instabilen, protoplastischen russischen Staatlichkeit das reale Subjekt des Interesses (des regionalen, ethnischen, korporativen usw.)? Ist eine Integration dieser verschiedenartigen Interessen in ein einheitliches allgemein-nationales Interesse möglich?

Dies ist kein abseitiges staatskundliches Problem, sondern die unangenehme Realität der russischen Politik.

EIN RUSSLAND DER REGIONEN?

Die Einheit der UdSSR wurde in vieler Beziehung durch die Einheit der regierenden Elite gewährleistet, d. h. der Partei-Staats- und Wirtschafts-nomenklatur. Diese Einheit wurde in den Jahren 1920 bis 1950 durch das ständige Umsetzen der Kader sowie durch Säuberungen und Repressionen gesichert. Dies alles verhinderte das Entstehen von stabilen regionalen Eliten, die die örtlichen Interessen als ihre eigenen begriffen.

In der Epoche nach Stalin bildete sich im Land eine Hierarchie der zentralen und örtlichen Eliten heraus. Die Zerstörung der Partei- und Staatsvertikale zwang die örtlichen Eliten aller Ebenen, die Legalisierung ihrer Souveränität zu forcieren. Das war für sie um so wichtiger als ganz andere Kräfte die politische Arena betraten (in erster Linie nationale Befreiungsbewegungen), deren Machtübernahme den früheren Eliten keinerlei Überlebenschance gab. In einigen Fällen ging es tatsächlich um das physische Überleben. Die Ereignisse in Tadshikistan und Georgien sind deutliche und wahrscheinlich nicht die letzten Beispiele einer solchen Entwicklung der Ereignisse.

Deshalb hat die alte Nomenklatur nicht wenig zur Verkündung der Unabhängigkeit beigetragen. Die Nomenklatur führte eine „Parade der Souveränität“ durch, zuerst in den nationalen Autonomien Rußlands und dann in den Bezirken und Gebieten. Seinem Wesen nach ist der Prozeß der Regionalisierung Rußlands ein Kampf um „das sowjetische Erbe“, d.h. um die Macht und das nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR und dem Zusammenbruch der KPdSU verbliebene Eigentum.

Die Hauptteilnehmer dieses Kampfes auf der regionalen Ebene sind folgende Kräfte:

- die alte Nomenklatur, deren Vertreter die Mehrzahl der Schlüsselpositionen in der Führung der Bezirke, Gebiete und nationalen Republiken einnehmen.
- die demokratische und nationale Bewegung, die ebenfalls Vertreter in der Führung der Regionen hat.
- die „Nomenklaturunternehmer“, d. h. die Leitung der privatisierten Staatsbetriebe, die ihren Status durch den Erwerb von großen Aktienpaketen legitimierten sowie die Beamten der in Konzerne und Holdings umgewandelten Zweigministerien.

- die neuen unabhängigen Unternehmer, darunter auch die in das freie Unternehmertum gegangenen Parteifunktionäre der unteren und mittleren Ebene, die ihre Nomenklatur-Beziehungen erhielten.
- das' mehr oder weniger legalisierte Schatten-Business, das sich aktiv mit dem Beamtentum verbindet.

Es muß noch einmal unterstrichen werden, daß diesem Kampf das banale ökonomische Interesse jeder der aufgezählten Gruppen zugrunde liegt, und daß gerade deshalb der Kampf um das sowjetische Erbe so kompromißlos ist. Jedoch sind sich all diese Gruppen in ihrer Opposition zum föderalen Zentrum einig.

Äußerst charakteristisch ist der Konflikt, der zwischen dem Außenminister A. Kosyrow und den Führern der regionalen Administration des Fernen Ostens auf einer Beratung zu Fragen der russisch-chinesischen Beziehungen entstand. Die Regionalbosse protestierten gegen die Entscheidung Moskaus, die Erleichterungen im Grenzhandel zu beseitigen und ein strenges Visaregime im grenzüberschreitenden Verkehr einzuführen. Der Appell, die russischen Interessen zu wahren, fand kein Echo. Die regionalen Eliten verstanden einfach nicht wovon die Rede war. („Iswestija" v. 4.2. 1994)

Schon lange treiben die Subjekte der Russischen Föderation „wilde Diplomatie", d.h. sie nehmen unter Umgehung Moskaus direkte, Verbindungen mit dem Ausland auf (der Krasnojarsker Bezirk mit Zypern und Dänemark, das Amur-Gebiet mit China, Tatarstan erkannte die sogenannte „Türkische Republik Nordzypern" an, kürzlich erging die Nachricht von der Eröffnung der Botschaft Tschetscheniens in der Türkei).

Vielleicht sind die russischen Interessen einfach nur die Summe der regionalen Interessen einschließlich der nationalen Interessen der nationalen Republiken in Rußland?

Aber in diesem Fall wird das Föderale Zentrum nur zu einem von vielen Subjekten der Föderation. Natürlich besitzt die Moskauer Elite größere politische und ökonomische Möglichkeiten als die regionalen Eliten. Jedoch ist die Moskauer Elite real kaum in der Lage, die Vektoren der regionalen Interessen auszubalancieren.

EIN RUSSLAND DER RUSSEN?

Die in der Zeit der UdSSR verdeckte Entgegensetzung der „nationalen" (der Republiken, autonomen Gebiete und Bezirke) und der „föderalen" oder „administrativen" (der Bezirke und Gebiete) russischen Territorien, ist in Rußland in aller Schärfe zutage getreten. Dabei besitzen die „nationalen Republiken" das Institut der nationalen Souveränität (eine eigene Verfassung, ein Parlament, einen Präsidenten, ein Ministerkabinett), in den russischen Regionen dagegen gibt es nur die örtlichen Sowjets und die örtliche Administration. Die Versuche, das Gebiet Swerdlowsk in eine Ural-Republik umzuwandeln, stießen auf härtesten Widerstand der föderalen Mächte.

Dieser Dualismus des national-territorialen Aufbaus Rußlands erzeugt neue Spannungen auf der ethnischen Achse und bestätigt ein weiteres Mal die Lieblingsthese der russischen Nationalisten, daß das russische, Volk keine eigene nationale Staatlichkeit besitzt.

Auf den ersten Blick beruht die Idee vom Rußland als Nationalstaat der Russen auf einer überzeugenden Arithmetik. Nach der Volkszählung von 1989 sind 81,5% der Einwohner Rußlands Russen. Nur in Armenien ist der Prozentsatz des „Titelethnos" höher. In den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken liegt dieser Prozentsatz zum Teil erheblich niedriger. Aber auch die absoluten Zahlen haben ihr Gewicht. Natürlich sind 18,5% wenig, aber es sind 27 Millionen Menschen. Das ist nicht einfach nur viel, sondern, wenn man das Anwachsen der nationalen Bewegungen betrachtet, ist dies außerordentlich viel. Aber es geht hier nicht nur darum, daß die nationalen Republiken im Bestand der Föderation den Aufbau eines „Rußlands der Russen" behindern werden.

Der russische Nationalismus als positive politische Doktrin ist unter den Bedingungen, wie sie sich im realen Rußland zur Mitte der 90er Jahre herausgebildet haben, nicht zu verwirklichen. Die Unmöglichkeit, die Grenzen des Landes zu ziehen und die Staatsbürgerschaft einzuführen, die Krise der staatlichen Institute und der weit fortgeschrittene Prozeß der Regionalisierung sowie das

Vorhandensein von 25 Millionen Landsleuten außerhalb der Föderation - all das ermöglicht es dem russischen Ethnos nicht, der Souverän Rußlands zu werden und als einheitliches Ganzes zu existieren. Die Dramatik der Situation wird noch dadurch verstärkt, daß sich der russische Nationalismus gerade zu dem Zeitpunkt in der Sackgasse erwies, als nach dem Zerfall der UdSSR endlich die langersehnte Möglichkeit heraufzog, einen russischen Nationalstaat zu schaffen. Deshalb kann das „russische Interesse“ wohl kaum zur adäquaten Grundlage des nationalen Interesses des neuen Rußland werden.

EIN NEOIMPERIALES RUSSLAND?

Rußland stößt in der Realität ständig auf das Problem seiner territorialen Ganzheit. Die harte Position der Tschetschenen-Republik und Tatarstans stellt die russische Führung vor eine schwierige Wahl. Das Föderale Zentrum läßt sich faktisch, ähnlich wie seinerzeit A. I. Denikin vorschlug, vom Prinzip leiten, die Regierung des jeweiligen Territoriums anzuerkennen, die Lostrennung von Rußland jedoch nicht anzuerkennen. Es ist klar, daß dies nur ein zeitweiliger Kompromiß sein kann, noch dazu wo andere Regionen bei der Jagd nach der Souveränität hastig Punkte sammeln.

Der gewöhnliche und verführerische Ausweg ist der neoimperiale Weg, die gewaltsame Regulierung von Konflikten sowohl innerhalb Rußlands als auch im „nahen Ausland“. Dies würde es insbesondere ermöglichen, den russischen Nationalismus aus der Sackgasse herauszuführen, indem er dem russischen Ethnos offiziell den Status des „führenden Volkes“ zurückgibt, den es in der UdSSR und im Imperium hatte.

Jedoch wird es das Auseinanderstreben der Interessen der zentralen und regionalen Eliten kaum ermöglichen, eine abgestimmte neoimperiale Politik zu betreiben. So zum Beispiel betreibt Rußland im georgisch-abchasischen Konflikt mehrere „Außenpolitiken“: eine Politik der Militärmächte, die ihre Interessen und Prioritäten in der Region haben, eine Politik der zu Rußland gehörenden nordkaukasischen Republiken, die die „abchasischen Brüder“ verteidigen, und eine Politik Moskaus, das sich bemüht im Konflikt zu vermitteln.

Rußland ist nicht so sehr Rechtsnachfolgerin als vielmehr Erbin der ehemaligen UdSSR, die es um all deren Pflichten bezüglich geopolitischer Streitigkeiten beerbt hat. Deshalb wird die internationale Gemeinschaft bestrebt sein, Rußland die Rolle einer regionalen Großmacht aufzudrängen, eines eurasiatischen Korporals in der Weltgendarmarie. Dies weckt im Volk wiederum messianische Träume, läßt den Mythos von einer besonderen Bestimmung Rußlands neu entstehen, der es ermöglicht alle inneren Mißstände zu rechtfertigen: Rechtlosigkeit, eine übermäßige Militarisierung der Wirtschaft und die schlimmste russische Geißel - die Armut. Ich denke, daß Rußland auf diese Rolle fest und entschieden verzichten sollte. Die Zeit ist gekommen, wo die Interessen Rußlands in sein Inneres gewandt sein müssen. Das ist kein Isolationismus sondern „vernünftiger Egoismus“.

DIE RUSSISCHE NATION

Leider konzentrieren praktisch alle russischen Parteien und Bewegungen demokratischer Ausrichtung ihre Tätigkeit auf die ökonomischen und teilweise administrativen Probleme. Dabei sind doch die Marktwirtschaft und die Nuancen des Parlamentarismus, sozusagen nur die Creme auf einem Kuchen, dessen Teig in Rußland noch nicht geknetet wurde. Die wirtschaftlichen und politischen Reformen erfordern einen stabilen staatlichen Raum. Eine solche Stabilität in einem polyethnischen und multiregionalen Land hängt vor allem von der gesamt nationalen Einheit ab. Mehr noch, die unvermeidlichen Lasten der Wirtschaftsreformen werden moralisch gerechtfertigt und annehmbar nur im Rahmen einer gesamt nationalen Konsolidierung.

Die links- und rechtsradikalen Parteien schlagen imperiale oder ethnonationalistische Formulierungen der Interessen Rußlands und seiner Sicherheits- und Außenpolitik vor. Wenn die Lösung der national-staatlichen Frage in die Hände der Nationalisten (unwichtig welcher - der russischen oder der jakutischen) übergeht, dann bedeutet dies nicht nur das Ende der demokratischen Reformen sondern auch eine gesamt russische Katastrophe nach dem jugoslawischen Szenarium.

Rußland ist mehr als nur ein Staat. Es ist ein Rußland der Vaterländer, wo sich die Vielfalt der Lebensformen mit einer großen geistigen und politischen Einheit verbindet.

Deshalb werden alle Versuche unfruchtbar sein, eine Konzeption der nationalen Interessen auszuarbeiten, die entweder auf der Dominanz irgendeiner Gruppe beruht (einer ethnischen, territorialen, korporativen o.a.) oder auf dem mechanischen Gleichgewicht solcher Gruppen. Subjekt der nationalen Interessen Rußlands kann die russische Nation nur als Gemeinschaft der Territorien, der Ethnien, der Religionen, der Wirtschaften und der Kulturen im einheitlichen Raum der Föderation werden.

Selbstverständlich ist die Formierung einer Nation ein natürlicher und langwieriger Prozeß, noch dazu wenn es um eine Nation geht, die die überaus verschiedenartigen ethnokulturellen Gemeinschaften des gegenwärtigen Rußland integriert. Ebenso ist es unmöglich, die nationalen Werte als Regulatoren der nationalen Interessen zu „erdichten“, und sie als programmatische Thesen irgendeiner Partei zu formulieren. Die nationalen Werte artikulieren und reflektieren sich im Laufe des national-staatlichen Aufbaus und im Prozeß der Einbeziehung des Landes in das System der internationalen Normen. Das ist ein schwieriger und schmerzhafter Weg, aber wir müssen ihn gehen, wenn wir Rußland bald als vollwertiges Subjekt der Weltpolitik sehen wollen.

Deshalb ist jetzt politisches Handeln zur Überwindung des regionalen und ethnischen Separatismus, zur Schaffung eines dichten Netzes der gegenseitigen Abhängigkeiten der Territorien, der Wirtschaften, der nationalen Gemeinschaften und der Kulturräume dringend erforderlich. Rußland braucht einen demokratischen Föderalismus als Grundlage der Herausbildung der nationalen Einheit, national nicht im ethnischen sondern im politischen Sinne. In Rußland leben Russen, aber nicht nur sie. Rußland ist das Land der Bürger Rußlands - das ist keine Tautologie, sondern die einzige Möglichkeit der Existenz der Nationen in der modernen Welt. Genauso ist Großbritannien das Land der Briten (d.h. der Engländer, der Schotten, der Iren, der Waliser und unzähliger Immigrantengemeinschaften). Dem russischen Volk (nicht nur den Russen, sondern allen Ethnien, die in unserem Land wohnen) steht noch eine lange und schwere Trennung von den Ideen von Blut und Boden bevor.

Erst dann wird man ernsthaft von Interessen sprechen können - nicht von russischen oder tatarischen, nicht von den Interessen Moskaus oder Sibiriens, nicht von denen der Militärs oder der Bergleute, sondern von den nationalen Interessen Rußlands. Erst dann werden die Außenpolitik und die nationale Sicherheit langfristige und klare Orientierungen erhalten.

DER AUTOR

Denis Dragunski lebt als Politologe und Journalist in Moskau. Er ist Mitarbeiter der Zeitschriften „Das 20. Jahrhundert und die Welt“ und der politologischen Zeitschrift „Rolis“

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 14/ 1995,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>